

---

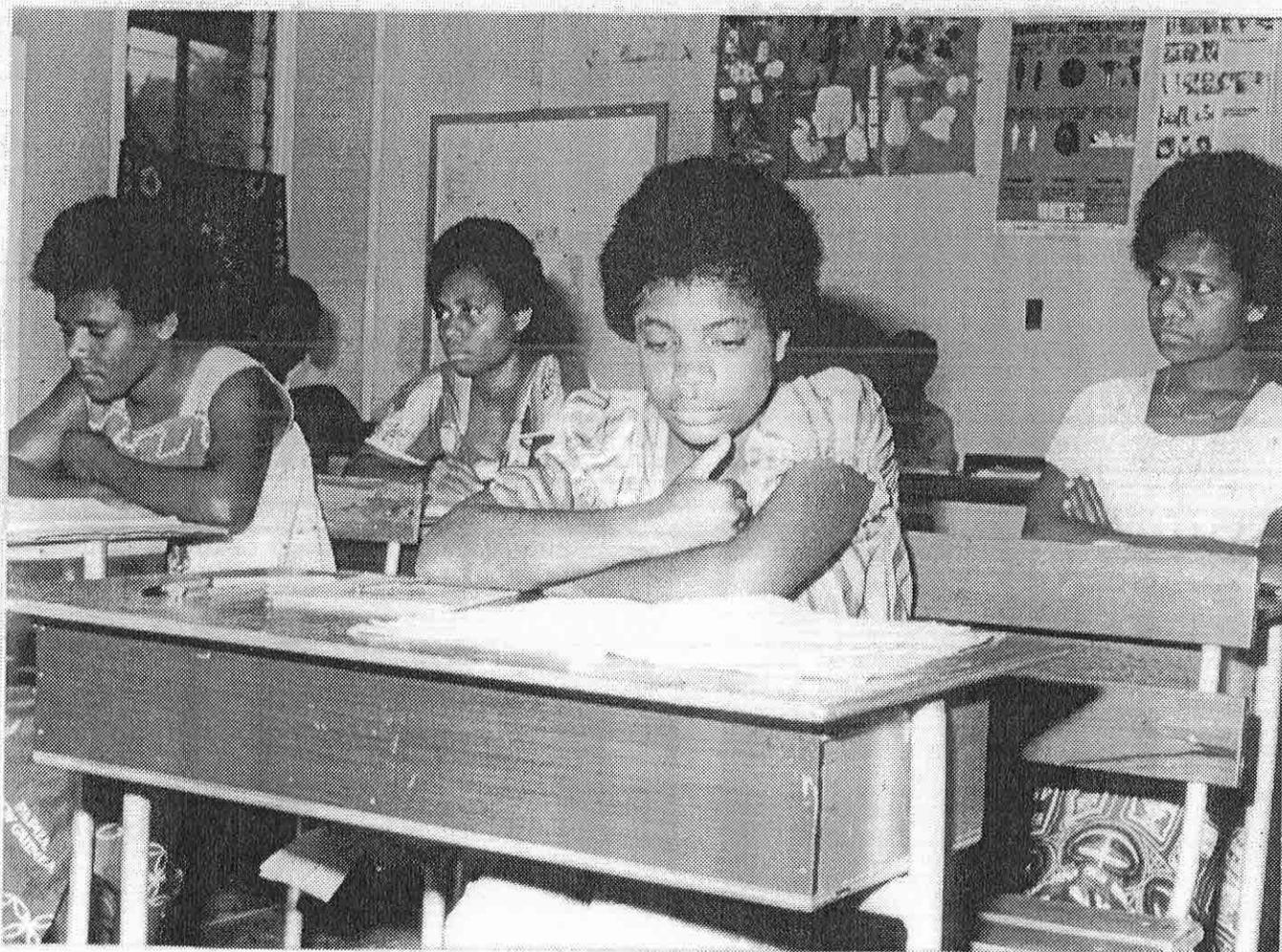
---

# PAZIFIK- INFORMATIONSTELLE

---

---

Hauptstraße 2  
8806 Neuendettelsau  
F. R. Germany



## *Dossier Nr. 6*

TITEL: DAS SCHULWESEN DER LUTH. KIRCHE IN PAPUA-NEUGUINEA  
ZUSAMMENSTELLUNG: SAKEY RONU, GRETCHEN MÜLLER  
DATUM: SEPTEMBER 1989



## Das Schulwesen

- dargestellt am Beispiel der Lutherischen Kirche -

*Sakey Ronu / Gretchen Mueller*

Als die ersten lutherischen Missionare neuguineische Kinder in ihre Klassen aufnahmen, dachten die Kinder, sie würden den Missionaren einen Gefallen tun, wenn sie jeden Tag kämen und stundenlang still säßen. Doch sie erwarteten dafür auch Bezahlung. Das brachte die Missionare auf die Idee, die Kinder auf den Missionsstationen als Internatsschüler aufzunehmen. Dort wurden sie zwar entlohnt, aber nicht für den Schulbesuch, sondern für Hilfsarbeiten nach dem Unterricht. Dazu gehörte auch Gartenarbeit für den eigenen Unterhalt. Die Internatsschulen mit ihrem geregelten Tagesablauf wurden bald beliebt, auch übten sie einen erzieherischen Einfluß auf die Kinder aus, die meist schon etwas älter waren. Nach einem oder zwei Jahren in diesen Schulen wirkten die »Kinder« dann positiv auf ihre Verwandten in den Dörfern.

### *Einheimisch-sprachige Schulen (1900-1940)*

Lutherische Missionare begannen um 1909 im Finschhafen-Gebiet »Missionsgehilfen« auszubilden. Im Dezember 1910 schlossen die ersten 14 Männer in Logaweng ihre Ausbildung ab. Sie unterrichteten dann Kinder in den Grundschulfächern. Auch unterwiesen sie Erwachsene in der Christenlehre und halfen bei den Andachten in den Dörfern. 13 weitere »Missionsgehilfen« beendeten ihre Ausbildung im Januar 1913 an einer zweiten Ausbildungsstätte, die für Menschen aus dem Inland eingerichtet worden war. Diese Schule wurde 1914 nach Heldsbach verlegt. An beiden Schulen fanden regelmäßig Ausbildungskurse statt, wobei normalerweise nur jeweils eine Gruppe von Studenten alle drei oder vier Jahre aufgenommen wurde. 1927 waren insgesamt 116 dieser Gehilfen oder Lehrer-Evangelisten im ganzen Morobe-Distrikt verteilt tätig. Später konnte man alle zwei Jahre neue Studenten aufnehmen, weil mehr Ausbildungspersonal zur Verfügung stand. Auch wurde immer mehr Gewicht auf die Allgemeinbildung der zukünftigen Lehrer gelegt. Die formelle Ausbildung solcher Gehilfen für Madang und Umgebung wurde 1922 in Amele und etwas später auch auf der In-

sel Karkar begonnen. 1934 legte man die beiden Ausbildungsgänge zusammen nach Amron bei Madang.

Der gesamte Unterricht wurde zunächst in einheimischen Sprachen, hauptsächlich Käte, Jabém und Graged, abgehalten. Zu Beginn der 30er Jahre wurde Englisch als Fremdsprache eingeführt. Europäische Lehrer inspizierten die Dorfschulen jedes Jahr, wenig später wurden auch erfahrene neuguineische Lehrer beauftragt, ihre Kollegen ein- oder zweimal im Jahr zu besuchen. Die Heimatgemeinden der fertig ausgebildeten Lehrer wiesen ihnen den Arbeitsplatz zu, sie zahlten das Gehalt, sie versetzten auch die Lehrer und führten, wenn erforderlich, auch Disziplinarmaßnahmen durch. Die Dorfbevölkerung baute die Schulhäuser und stellte den Lehrern ausreichend Land für die Selbstversorgung zur Verfügung. Diese Dorfschulen gehörten der ansässigen Bevölkerung, nicht der Missionsorganisation. Das hat sich bis heute nicht verändert. Nach dem Unterricht zeigten die Lehrer den Kindern, wie Kaffee und andere neue Produkte angebaut und verarbeitet werden. Mit dem Erlös konnten sie dann Schulmaterial kaufen.

Von 1935 an gab es für ausgewählte Schüler die Möglichkeit, nach vier Jahren Unterricht in der Dorfschule für weitere zwei Jahre die Schule der Missionsstation zu besuchen und danach eine zwei- (später vier-) jährige »Mittelschule«. Diese Ausbildung deckte alle wichtigen Wissensgebiete und Fertigkeiten ab. Betonung lag auf der Heranbildung einer christlichen Lebenshaltung. Die Schulen vermittelten den Schülern das Wissen und die Fertigkeiten, die sie als kirchliche Mitarbeiter in ihrer Heimat oder in neuen Missionsgebieten brauchten. Mit ihrer Betonung religiöser Inhalte brachten die Ausbildungsstätten viele Männer hervor, die dann die Menschen, unter denen sie arbeiteten, geistlich führen konnten. Viele durchliefen später noch die Pastorenausbildung und wurden anschließend ordiniert.

### *Englisch-sprachige Schulen (1940-1968)*

Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gab es in Papua keine staatlichen Schulen und in Neuguinea lediglich sechs mit insgesamt weniger als 500 Schülern. Zur selben Zeit besuchten rd. 90 000 Kinder Missionschulen; jedoch war das Niveau im allgemeinen nicht sehr hoch.

Als 1946 eine gemeinsame Verwaltung für die beiden Territorien von Papua und Neuguinea aufgebaut wurde, gründete man auch eine Schulbehörde. Ab 1947 erhielten anerkannte Missionsschulen eine gewisse finanzielle Unterstützung. In diesem Zusammenhang wurde Englisch in den lutherischen kirchlichen Schulen stärker betont: Zuerst wurde es als Unterrichtsfach eingeführt und später wurde Englisch in immer mehr Schulen auch Unterrichtssprache.

1950 beschloß die Konferenz der Lutherischen Mission Neuguinea, »die staatliche Finanzhilfe für Schulen anzunehmen«. Aufgrund dieser Entscheidung konnte mit der freizügigen staatlichen Unterstützung die Entwicklung des englisch-sprachigen Unterrichts vorangetrieben werden. Die Finanzhilfe war staatlicherseits an Bedingungen gebunden, wie sie das Schulgesetz von 1952 in der bis 1970 gültigen Form festlegte. Die Höhe der Zuschüsse wurde ursprünglich nach der Schülerzahl berechnet. Um aber das Niveau der Lehrer anzuheben, wurden die Mittel ab 1957 entsprechend der Anzahl qualifizierter Lehrkräfte an den anerkannten Schulen verteilt. In jenen Jahren begann die lutherische Kirche auch, ihre Lehrer nach den Qualifikationsbestimmungen der Schulbehörde auszubilden. Diese Lehrer erhielten dann auch die staatliche Anerkennung, gleichzeitig bezog die Kirche auf diese Weise weiterhin die Zuschüsse für ihre Schulen.

Wo kirchliche Schulen auf Schulen mit Englisch als Unterrichtssprache umgestellt wurden, erhielten sie je nach Schülerzahl von den staatlichen Stellen kostenlos Unterrichts- und Schreibmaterial. Für den Sekundarschulbereich erhielt die Kirche außerdem Zuschüsse für die Unterhaltung der Schulgebäude, sowie Gelder für Neubauten. Regierungszuschüsse ermöglichten außerdem die Einführung eines besonderen Lehrerprogramms: für eine Dienstzeit von zwei Jahren wurden Lehrer in Übersee angeworben. Sie unterrichteten selbst in den Schulen und konnten außerdem ihren neuguineischen Kolleginnen und Kollegen bei deren Fortbildung helfen. Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre erreichte dieses Programm seinen Höhepunkt. Als dann alle Lehrstellen in den Grund- und Oberschulen durch Papua-Neuguineer besetzt werden konnten, wurde dieses Programm eingestellt.

Australiens treuhänderische Verwaltung des »Territoriums von Neuguinea« wurde vom Trusteeship Council der Vereinten Nationen kontrolliert. Dieser Ausschuß drängte die australische Verwaltung, das Land auf eine möglichst baldige Unabhängigkeit vor-

zubereiten. Englisch sollte als gemeinsame Sprache dieses Land mit seinen über 700 einheimischen Sprachen vereinigen. Aus diesem Grunde betrachtete man den englischen Sprachunterricht als notwendige Voraussetzung für die Unabhängigkeit. Dieser von außen ausgeübte Druck führte dazu, daß die australische Verwaltung in den 50er Jahren einen 20-Jahres-Plan beschloß und meinte, damit die allgemeine englisch-sprachige Schulbildung verwirklichen zu können.

Auf der Konferenz der lutherischen Mission im Januar 1959 erklärte der Direktor für Bildung und Erziehung im Namen der Regierung, daß die Verwaltung des Landes ab 1960 alle Schulen schließen würde, die nicht Englisch oder die jeweilige Muttersprache des betreffenden Gebiets benutzten. Es war nun zu befürchten, daß diese Regelung etwa 90 % der kirchlichen Schulen betreffen würde, denn die sog. Kirchensprachen in den lutherischen Schulen, Jabém, Käte und Graged, waren ja nur für wenige Menschen Muttersprache im eigentlichen Sinne. So mußte nun die Kirche wo irgend möglich ihre Schulen dieser Regierungspolitik entsprechend auf Englisch umstellen. Das waren vor allem die Schulen auf den Missionsstationen; die »Mittelschulen« wurden Oberschulen, und die Ausbildungsstätten für einheimisch-sprachige Lehrer wurden zugunsten der englischen Lehrerausbildung geschlossen. Die Ausbildungszentren für englisch-sprachige Lehrer wurden dann 1965 im Balob Teachers College zusammengelegt.

Wie oben bereits erwähnt, wurden australische und amerikanische Kurzzeitlehrer neben qualifizierten Neuguineern eingesetzt. Andere Neuguineer erhielten »Unterrichtsgenehmigungen«, jedoch keine staatlichen Zuwendungen. Allerdings durfte nur eine begrenzte Anzahl von Lehrern mit solchen Genehmigungen an einer Schule tätig sein. Nach dem Schulgesetz mußten Schulen in kirchlicher Trägerschaft entweder ihre »Anerkennung« oder eine »Ausnahmegenehmigung« beantragen. Schulen mit »Ausnahmegenehmigung« mußten innerhalb von 12 Monaten den Anerkennungsbedingungen entsprechen, wenn nicht, sollten sie geschlossen werden. Abgesehen vom Religionsunterricht wurden die Schüler in den kirchlichen englisch-sprachigen Schulen nach denselben Lehrplänen wie an den staatlichen Schulen unterrichtet. Auch mußten sie dieselben zentralen Prüfungen ablegen. Schließlich war auch das Eingangsniveau für die Oberschulen in beiden Bereichen einheitlich festgelegt. Solange die Kirche diese Grund-

voraussetzungen erfüllte, durfte sie ihre Schulen nach eigenen Vorstellungen führen.

#### *Pidgin-sprachige Schulen*

Schulen, die nicht auf Englisch als Unterrichtssprache umstellten, waren Schulen mit Ausnahme genehmigung. Sie konnten keine staatlichen Zuschüsse mehr in Anspruch nehmen. Die Kirche nannte sie nun, um das Wort »Schulen« zu umgehen, »Religiöse Alphabetisierungszentren«. Lehrer, die nicht im englischen Schulsystem unterrichten konnten, sollten in diesen Zentren den Kindern das Lesen und Schreiben in einer einheimischen Sprache beibringen und sie außerdem auf den Dienst in einer Kirchengemeinde vorbereiten. Wo man keine englischen Schulen einrichten konnte, mußten die Dörfer ihre Schulen in religiöse Alphabetisierungszentren umwandeln, sonst - so glaubte man - würde die Regierung sie schließen.

Noch während die Regierung offiziell drängte, Englisch als gemeinsame Sprache zu fördern, breitete sich Neuginea-Pidgin in den schnell wachsenden städtischen Siedlungen und auch auf den Plantagen aus. Hier mußten die kirchlichen Mitarbeiter statt der Kirchensprachen Pidgin sprechen, um sich mit den Arbeitern, die aus allen Teilen Papua-Neuguineas kamen, zu verständigen. Man wünschte sich nun Gesangbücher, biblische Geschichten, die Bibel und anderes Material in Pidgin.

Die leitenden Vertreter der Kirche sahen ein, daß es unmöglich war, Material in der Vielzahl der einheimischen Sprachen zu entwickeln. Im Hinblick auf die schnelle Ausbreitung des Pidgin gaben sie die Produktion von Unterrichtsmaterial in dieser Sprache in Auftrag. Ebenso beschlossen sie, ab 1964 in Rintebe die Lehrerbildung in Pidgin aufzunehmen. Lehrer, die früher in einheimischen Sprachen unterrichtet hatten, wurden für den Unterricht in Pidgin vorgesehen. 1966 begannen dann auch Studenten ohne vorherige Lehrerbildung und oft mit nur sehr geringer Schulbildung ihre Ausbildung als Lehrer. Man beschloß, das Unterrichtsmaterial in Pidgin auf der Grundlage der Regierungslehrpläne für die englischen Schulen zu entwickeln. Außerdem sollte in einigen Schulen die Dorfsprache unterrichtet werden. Man hoffte, daß alle Kinder aus lutherischen Gemeinden Zugang zu derselben Bildung entwickler in Englisch oder Pidgin bekämen. Da der Schwerpunkt deutlich

auf christlicher Bildung liegen sollte, nannte man die Schulen nun Bibelschulen. 1965 beantragte die Kirche bei der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern finanzielle Unterstützung für die weitere Entwicklung und Unterhaltung des gesamten neuen Schulsystems. Später sollte das Bibelschulprogramm auch auf die Sekundarstufe ausgeweitet werden. Die Pidgin-Lehrpläne sollten dann auch die Jahrgangsstufen 7 bis 10 umfassen. 1967 wurde in Heldsbach die Lehrerausbildung auch in der Kâte-Sprache wieder aufgenommen. Das gab den zahlreichen Schulen, die noch in dieser Sprache geführt wurden, wieder neues Leben. Im Jahr 1971, zehn Jahre nachdem die Regierung angeordnet hatte, daß nur Englisch oder die jeweilige Muttersprache im Unterricht der Schulen benutzt werden dürfe, wurde geschätzt, daß mehr als zwei Drittel aller Kinder in der lutherischen Kirche in Bibelschulen unterrichtet werden. Obwohl die Regierung angekündigt hatte, diese Schulen nach spätestens zwölf Monaten zu schließen, waren weder Regierung noch Kirche in der Lage, sie durch englische Schulen zu ersetzen. So wurden die Ausnahme genehmigungen unbefristet verlängert. Viele Kinder besuchten die Bibelschulen, aber ihre Zahl ging in dem Maße zurück, wie zunehmend mehr Plätze an englischen Schulen zur Verfügung standen.

#### *Einheimisch-sprachige Schulen*

1973 wurden auf einer eigens abgehaltenen Konsultation die einheimisch-sprachigen Programme analysiert und im Hinblick auf die Bedürfnisse der Gegenwart modernisiert. Für die einheimisch-sprachigen Schulen auf Distriktebene (Distrikt Tok Ples Skul) wurden neue Lehrpläne genehmigt. Die Bezeichnung »Bibelschule« wurde in »Tok Ples Skul« umgeändert. Da das Programm immer größer wurde, benötigte man finanzielle Zuschüsse aus Übersee. Die bayerische Kirche und andere Organisationen in Deutschland, hauptsächlich der Kirchliche Entwicklungsdienst (KED), unterstützten auch weiterhin das Programm. Die praktischen Fächer wurden mehr betont, um den Schülern nach Abgang von den Schulinternaten das Wiedereinleben im Dorf zu erleichtern. Jede Schule sollte außerdem Projekte zur teilweisen Selbstfinanzierung beginnen.

1977 erhielten die Lehrer in Rintebe den Auftrag, ein Ausbildungsprogramm für Lehrer der 7. und 8. Klassen in den neu eröffneten Schulen in den einzelnen Circuits (Dekanaten) zu entwerfen. Das

führte dazu, daß die Grundkonzeption der einheimisch-sprachigen Schulen verändert wurde. Das Programm wurde jetzt nicht mehr als Alternative zu den englischen Schulen gesehen. Es sollte ein Programm für Abgänger hauptsächlich der 6. Klassen und auch der 8. Klassen der englischen Schulen sein. Mit Lehrplänen, die vor allem auf das Leben in den Dörfern ausgerichtet waren, sollten die Schüler lernen, wie sie ihr Schulwissen in der Dorfsituation anwenden können. Wo englische Schulen in ausreichender Zahl vorhanden waren, sollte das einheimisch-sprachige Programm der Jahrgänge 1 bis 6 auslaufen. Diese Schulen wurden hauptsächlich im Kâte-Distrikt und in einigen wenigen Schulen auch im Madang- und Jabém-Distrikt weitergeführt.

Das einheimisch-sprachige Programm für die 9. und 10. Jahrgangsstufen sollte nach den Vorstellungen jener Konsultation nicht geführt, sondern durch Kursangebote in den Bereichen Dorftechnologie, Handel, Lehrerausbildung und Gemeindearbeit für kirchliche Mitarbeiter ersetzt werden. Besonders betont wurde die Arbeit für die 7. und 8. Jahrgangsstufen: Alle Lehrer sollten innerhalb einer bestimmten Zahl von Jahren erneut ausgebildet oder ersetzt werden. Jeder Distrikt durfte maximal drei Schulen mit 7. und 8. Klassen mit jeweils 80 Schülern pro Jahrgang unterhalten. Nur wenn ein Distrikt qualifizierte Lehrer in ausreichender Anzahl hatte, würde er die Genehmigung zur Errichtung neuer Schulen erhalten.

Bald nachdem das neue Programm eingeführt war, wurde deutlich, daß sowohl Eltern wie auch die Vertreter der Kirche die Weiterführung des Programms der 9. und 10. Jahrgangsstufen für notwendig hielten. Eine Arbeitsgruppe von Lehrern wurde eingesetzt, um dafür ein neues Programm nach dem Muster für die 7. und 8. Jahrgangsstufen auszuarbeiten. Das neue Programm für das 9. Schuljahr soll 1990 eingeführt werden, das für die 10. Klasse ein Jahr später.

Die Nachfrage nach Schulen mit 7. und 8. Klassen ist so groß, daß die von der Kirche dafür vorgesehenen Mittel nicht ausreichen werden. Laufend wird gefordert, neue Schulen zu eröffnen. Die Schulpflicht der Kirche ist aber entschlossen, die Qualität der Schulen aufrechtzuerhalten, auch wenn das zahlenmäßig weniger neue Schulen bedeutet.

#### *Das Nationale Schulsystem*

Um das Nationale Schulsystem objektiv darstellen zu können, müssen wir zunächst den Zustand der englisch-sprachigen Schulen der Kirche und die grundlegenden Prinzipien betrachten, die für die Entwicklung des Nationalen Schulsystems ausschlaggebend waren. Im folgenden Abschnitt stammen alle Zitate aus dem »Bericht des Beratenden Ausschusses für Bildung und Erziehung in Papua-Neuguinea 1969« (Weeden Report).

Für die Empfehlungen zur Gründung eines Nationalen Schulsystems wurden von der staatlichen Schulbehörde gemeinsam mit den Vertretern der Kirchen und Mission, die im Territorium Bildungsaufgaben übernommen hatten, und mit dem Beirat für Bildungsfragen allgemeine Richtlinien ausgearbeitet. Diese haben kurz gefaßt folgende Ziele: »Anhebung des Bildungsniveaus mit Hilfe eines gut ausgebildeten Lehrerstandes, der auch mit seinen Arbeitsbedingungen zufrieden sein kann; effektivere Planung des Bildungswesens für das gesamte Territorium; ein Schulsystem, das auch nach Inkrafttreten der Selbstverwaltung durch Neuguineer lebensfähig ist und die nationale Einheit stärken wird; und der Schutz der Identität derjenigen Schulen, die in nicht-staatlicher Trägerschaft unterhalten werden, solange dies die Eltern wünschen.« Bezogen auf diesen letzten Punkt wurde wiederholt das Recht der Eltern betont, daß sie selbst bestimmen können, welche Schule sie für ihre Kinder haben wollen.

Diese Richtlinien wurden bei der Planung und Gründung des Nationalen Schulsystems befolgt und führten zu einem System der Schulaufsicht, an dem die Schulbehörde der Zentralregierung, die Kirchen und Missionen und die politischen Gemeinden gleichermaßen beteiligt sind.

1969 standen zwei verschiedene Ansätze der Bildungsplanung einander gegenüber: »Von Anfang an waren die Missionare gewohnt, Bildungsaufgaben aus der Perspektive des Dorfes und der dort lebenden Menschen zu sehen. Ihr Hauptziel war, das Evangelium und die Grundlagen ihres Glaubens möglichst weit auszubreiten. Um dies zu erreichen, vermittelten sie möglichst vielen Kindern eine gewisse Schulbildung und förderten die besten so weit, daß sie leitende Aufgaben in Kirche und Ortsgemeinde übernehmen konnten. Dies betrachteten die Missionare als ihre Verpflichtung gegenüber der Kirche, den Kindern und dem Land insgesamt. Da-

bei wurden sie aus vollem Herzen von den Eltern in den Dörfern, denen sie diente, unterstützt.

Erst seit wenigen Jahren (Ende der 60er Jahre) wurde in Papua und Neuguinea einem anderen Bildungsziel große Bedeutung beigemessen: ohne Bildung haben diese Länder keine Aussicht, ihre politische Unabhängigkeit, Wirtschaftswachstum und den so sehr begehrten höheren Lebensstandard zu erreichen. Diese neuen Zielsetzungen machten Bildung äußerst begehrt, wobei nun nicht mehr die Bedürfnisse der Dörfer, sondern die Situation des Landes insgesamt im Mittelpunkt stand.

Wer über die Zukunft des Schulwesens im Territorium nachdachte, muß die Spannung zwischen diesen beiden Ansätzen schmerzlich empfunden haben. Es überrascht nicht, daß beide Ansätze unterschiedliches Gewicht für die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft haben ... Es gibt Werte im Leben der Dorfgemeinschaften, die gegen ungewollte Einflüsse verteidigt werden müssen. Aber wenn Papua und Neuguinea jemals eine Nation werden sollen, dann muß es mehr sein als eine Ansammlung von Dörfern ... Ohne Zweifel wird es immer die beiden verschiedenen Sichtweisen geben; völlige Übereinstimmung wird nie zu erwarten sein. Wenn aber das Territorium jemals zu einem vernünftigen und praktikablen Kompromiß kommen soll, dann bedarf es großer Anstrengungen auf beiden Seiten, um wenigstens die Argumente der anderen Seite verstehen zu können ..., so daß die Bevölkerung von Papua-Neuguinea ein Schulsystem erhalten kann, das ihren Wünschen und Bedürfnissen entspricht. Ferner muß eingesehen werden, daß man in diesem Zusammenhang Eigeninteressen auch zurückstellen muß.\*

Diese beiden Planungsansätze zeigen deutlich die Hauptunterschiede in den Erwartungen, die die Regierung und die Kirchen und Missionen an die Schulbildung knüpfen. So empfahlen die Autoren des Weeden Reports »Veränderungen im Verhältnis zwischen staatlicher Schulbehörde, den nichtstaatlichen Schulträgern und den Organen der politischen Gemeinden« als wünschenswert und kamen dann zu dem Schluß: »Wir hoffen, daß unsere Empfehlungen etwas von der Hochachtung wiedergeben, die wir gegenüber dem Beitrag der Kirchen und Missionen zur Bildung im Territorium in der Vergangenheit haben und daß die Empfehlungen auch unsere Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß sie auch heute eine wichtige Rolle im Bereich der Bildung zu spielen haben.

Wenn wir Veränderungen vorschlagen, auch wenn wir Kritik üben, möchten wir damit die Kirchen und Missionen in die Lage versetzen, noch mehr für die Bildung der Kinder im Territorium insgesamt zu tun.\*

Diese Sätze zeigen sehr deutlich, daß die Regierung den Beitrag der Kirchen und Missionen für das Bildungsprogramm des Landes anerkannte, schätzte und erhalten wissen wollte. Die Verwaltung wußte auch, daß sie den Kirchen gestatten mußte, die Identität ihrer Schulen zu wahren, wenn sie bei der Bildung und Erziehung der Kinder in Papua-Neuguinea auch in Zukunft eine wesentliche Rolle spielen sollten.

Es ist notwendig, den tatsächlichen Zustand der englisch-sprachigen Schulen und ihr Niveau im Jahr 1969 genauer zu untersuchen. Wie oben erwähnt bemühte sich die lutherische Kirche unter dem Druck der Schulbehörde, das umfangreiche einheimisch-sprachige Schulsystem so schnell wie möglich auf Englisch umzustellen. Oft ging das zu Lasten der Qualität.

Bei realistischer und ehrlicher Betrachtung entsteht für die lutherischen Schulen folgendes Bild: Die Kirche hatte ein Zubringersystem von Schulen, die zu den regionalen Schulzentren führten. Die Kinder wurden in ihrem eigenen Dorf eingeschult, wo es vielleicht nur einen oder zwei Lehrer gab. Danach wurde nur eine sehr begrenzte Zahl von Schülern, nämlich jene, die am besten bei den von der Kirche verantworteten Prüfungen am Ende der 3. oder 4. Klasse abschnitten, ausgewählt. Sie durften die »area school« bis einschließlich der 6. Jahrgangsstufe besuchen. Am Ende dieses Schuljahres legten die Schüler eine zentrale staatliche Prüfung ab, aufgrund deren ein Teil der Schüler und Schülerinnen nach den von der staatlichen Schulbehörde festgelegten Maßstäben zum Besuch einer Oberschule ausgewählt wurde.

Die Mehrzahl der Grundschullehrer hatte selbst nur sechs Jahre lang die englische Schule besucht und dann eine nur einjährige Lehrerausbildung absolviert. Daneben gab es noch Lehrer mit Unterrichtsgenehmigungen, die nicht einmal diese Minimalanforderungen erfüllten. Die Kirche hatte nur ein sehr begrenztes Lehrerfortbildungsprogramm und kein Beförderungssystem, das die Lehrer angeregt hätte, ihre eigene Arbeit zu verbessern. In vielen Fällen lebten die Lehrer in abgelegenen Gegenden, fern von ande-

ren englisch-sprechenden Menschen, ohne irgendwelche stimmulierende Kontakte.

Die Kirche zahlte ihren Lehrern nur ca. die Hälfte des Gehaltes der staatlichen Lehrer, und zwar aus den Zuschüssen der staatlichen Schulerwaltung. An den meisten Schulen wurde den Lehrern Gartenland zur Verfügung gestellt, und in manchen Gegenden brachten die Schüler den Lehrern regelmäßig Feldfrüchte mit. Die Lehrer selbst freilich fühlten sich gegenüber den staatlichen Lehrern unterbezahlt, nachdem sie doch im Grunde dieselbe Arbeit wie jene leisteten.

Schulbauprojekte, der Besitz der Schulgebäude und ihre Unterhaltung waren auf Dorfebene in den Händen der Dorfgemeinschaft. Die Verantwortung für die Schulen auf den Missionsstationen und für die regionalen Schulzentren wurde jedoch von den Circuits (Dekanaten) und Distrikten getragen. Später erhielten diese Schulen, besonders die Schulzentren, Finanzhilfen aus dem Haushalt der Mission bzw. Kirche. Die führenden Vertreter der Kirche waren für die Stellenzuweisung der Lehrer, wenn nötig auch für deren Disziplinierung, und für die Aufnahme von Schülern in die Schulen allein zuständig.

Einige dieser Schulen waren, gemessen an dem, was man billigerweise erwarten konnte, sehr gut. Aber andere, wahrscheinlich die Mehrzahl, waren nicht zufriedenstellend.

#### *Mitglied des Nationalen Schulsystems*

Die Entscheidung der lutherischen Kirche, dem Nationalen Schulsystem beizutreten, war ein wichtiger Schritt. Man hoffte, auf diesem Wege insgesamt das Niveau des kirchlichen Schulsystems anheben zu können.

Damit wurde die lutherische Kirche einer von insgesamt sechs Schulträgern des Nationalen Schulsystems neben der anglikanischen und der katholischen Kirche, der United Church und der Evangelischen Allianz, sowie der Regierung. Alle kirchlichen Träger, sofern sie Vollmitglied wurden, haben das Recht, Vertreter in alle Gremien zu entsenden, die die Entscheidungen über die zukünftige Entwicklung im Bildungsbereich treffen. Die kirchlichen Träger schlossen sich ihrerseits im Bildungsrat der Kirchen (Chur-

ches Education Council) zusammen. So können sie gemeinsam ihre Forderungen der staatlichen Schulbehörde vorlegen und auf Vorschläge der Regierung gemeinsam zustimmend oder ablehnend reagieren.

Die Kirche mußte alle ihre Grundschulen auf 6 Jahrgangsstufen aufstocken oder andernfalls schließen; denn, wenn ein Kind im 1. Schuljahr eingeschult wurde, mußte es die Möglichkeit des Schulbesuchs bis zum Abschluß der 6. Klasse haben. Dies führte zur Schließung vieler Dorfschulen. Damit wurde aber bei den Dorfleuten die Haltung der Verantwortlichkeit, die sie für ihre Dorfschule und ihre Lehrer hatten, zunichte gemacht. Auf der anderen Seite wurde das schulische Niveau angehoben, denn mit sechs oder mehr Lehrern an einer Schule waren gegenseitiger Austausch und Fortbildung möglich. Die kirchlichen Schulen erhielten natürlich das Recht, Religionsunterricht nach den Richtlinien ihres Schulträgers durchzuführen; jedoch dürfen sie keinen Schüler aufgrund seiner Religionszugehörigkeit ablehnen.

Die Lehrer sind nun nicht mehr Angestellte der Kirche, sondern des Nationalen Dienstes für Unterricht (National Teaching Service). Stellenzuweisung, Versetzung und Disziplinarmaßnahmen werden von Ausschüssen der einzelnen Provinzen beschlossen. Die kirchlichen Schulträger entsenden Vertreter in die betreffenden Ausschüsse, und der jeweilige Vertreter muß immer dann eingeschaltet werden, wenn es um Schulen oder Lehrer seiner Kirche geht. In den meisten Fällen konnten die Kirchen so viel an Einfluß und Kontrolle ausüben, wie sie für nötig hielten. Es trifft zwar zu, daß in einigen Fällen den Vorstellungen der Kirchen nicht entsprochen wurde, aber das war meist, wenn nicht sogar immer darauf zurückzuführen, daß der entsprechende Vertreter seine Aufgabe nicht genügend wahrnahm. Die Lehrer werden regelmäßig von einem Schlichter beurteilt und beraten, wie sie ihren Unterricht verbessern können. Alle Lehrer haben die Möglichkeit, an Fortbildungskursen von unterschiedlicher Länge teilzunehmen. Jeder Lehrer/jede Lehrerin qualifiziert sich für eine Beförderung, wenn er/sie den Anforderungen des höheren Niveaus entspricht.

Zusammenfassend möchte ich behaupten, daß die kirchlichen Schulen jetzt insgesamt besser sind als im Jahr 1969 vor dem Beitritt zum National Teaching System. Wo der Religionsunterricht nicht so wie von der Kirche vorgeschrieben abgehalten wird, liegt es daran, daß die Vertreter der Kirche nicht auf den Rechten

bestanden haben, die durch die Schulgesetze von 1970 und 1983 eingeräumt wurden. Es trifft zu, daß die Lehrer an den englischen Schulen nicht mehr als Evangelisten betrachtet werden. Aber in vielen Missionsgebieten und dort, wo die Dorfbevölkerung ihre Lehrer noch als kirchliche Lehrer empfindet, werden die Lehrer der englischen Schule immer noch das Leben der christlichen Gemeinde bereichern können.

#### Neuere Entwicklungen

##### Das Problem der Schulabgänger

Im Rückblick auf die Geschichte der schulischen Bildung wird deutlich, daß Staat und Mission sehr klein angingen. Ihr Ziel war, Arbeitskräfte heranzubilden. Dann wuchs das Schulwesen. Man benötigte mehr Lehrer und Prediger. Immer mehr Menschen wurden für die öffentlichen Dienste in Stadt und Land benötigt. So entstand schon damals die Ansicht, Schulbildung garantiere einen Arbeitsplatz. Diese Erwartung hat sich auch nach Erlangung der politischen Unabhängigkeit bis in die Gegenwart hinein gehalten. Die Mehrzahl der Eltern in Papua-Neuguinea ist immer noch der Meinung, daß die Schule ihre Kinder vor allem so ausbilden sollte, daß sie nach Ende der Schulzeit sofort irgendwo eingestellt werden können, einer bezahlten Arbeit nachgehen können, praktisch als Gegenleistung für die finanziellen Investitionen der Eltern. Viele Eltern sind dann frustriert, wenn ihre Kinder vorzeitig von der Schule abgehen (müssen) oder keine Arbeitsstelle finden, obwohl sie den regulären Schulabschluß erreicht haben.

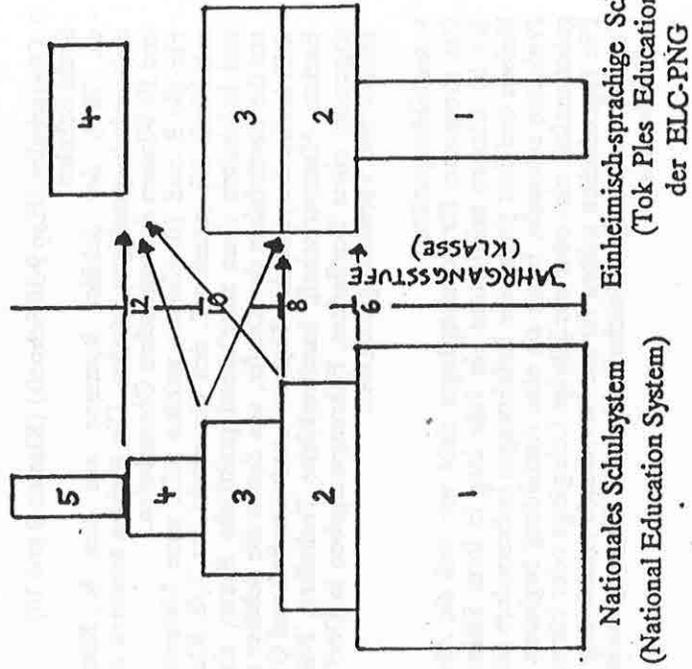
##### Angebote für Schulabgänger

Viele, die nicht zur Schule gehen, werden von ihren Eltern und den anderen Erwachsenen vernachlässigt. So treibt es sie von Ort zu Ort, von Provinz zu Provinz, oder es zieht sie in die Städte, wo sie bei Verwandten leben. In den meisten Fällen kommt es schließlich zu strafbaren Handlungen. Angesichts dieser Situation müssen wir uns fragen, ob wir weiterhin eine Schulbildung vermitteln sollen, die den Schüler auf eine Zukunft als Lohnempfänger vorbereitet. Was wird dann aus den vielen Kindern, die nicht zur Schule gehen, und aus denen, für die auf dem Arbeitsmarkt kein Platz ist? Das ist nun unser Dilemma. Es muß etwas konkretes mit den nicht zur Schule gehenden Jugendlichen getan werden. Für die Schulabgänger der 6., 8., 10. oder 12. Klassen muß es ein Ausbildungsprogramm geben, das ihnen Fertigkeiten vermittelt, mit denen sie in

ihrem Leben etwas anfangen können. Regierung, Kirchen und die Schulverwaltung müssen nun die Frage klären, wer für dieses Schulabgängerprogramm zuständig sein soll.

Im ganzen Land laufen bereits Initiativen der Regierung, der Kirchen und privater Gruppen mit verschiedenen Programmen, und es werden Bildungszentren unterhalten, die dem Problem der Schulabgänger begegnen sollen. Wie oben erwähnt ist mit der Konsultation von 1980 eine neue Entwicklung für die einheimisch-sprachigen Schulen der Evangelisch-Lutherischen Kirche eingeleitet worden. Nach diesem Plan wurde ein didaktischer Ansatz mit projektorientierten Methoden eingeführt. Inhalte und Methoden sollen den Lebensbedingungen und den Bedürfnissen des Dorfes entsprechen.

Die Abbildung zeigt Übergangsmöglichkeiten für Schulabgänger des Nationalen Schulsystems in das einheimisch-sprachige Schulsystem der Kirche.



## Nationales Schulsystem (National Education System)

1. Volksschulen (Community Schools)
2. Oberschulen (Provincial High Schools) (Klassen 7 und 8)
3. Oberschulen (Provincial High Schools) (Klassen 9 und 10)
4. Oberschulen (National High Schools) (Klassen 11 und 12)
5. Universität

Einheimisch-sprachige Schulen (Tok Ples Education) der ELC-PNG.

1. Dorfschulen (Village Tok Ples Schools) (Klassen 1-6)
2. Oberschulen (Hap 7-8 Schools) (Klassen 7 und 8)
  - Neun Schulen
  - 80% der Schüler kommen aus den englischen Volksschulen.
  - Ziel der Schulen ist, das Allgemeinwissen zu vertiefen und es auf die Lebensbedingungen auf dem Lande auszurichten.
3. Oberschulen (Hap 9-10 Schools) (Klassen 9 und 10)
  - Sechs Schulen
  - ca. 70% der Schüler kommen aus den 8. Klassen der einheimisch-sprachigen Schulen. Die übrigen kommen aus den 8. und 10. Klassen der englischen Oberschulen.
  - Für die 9. und 10. Klassen werden z.Zt. neue Unterrichtspläne entwickelt. Sie setzen z.T. den Unterricht der 7./8. Klassen fort und beinhalten dann zunehmend praktische Kurse, abgestimmt auf die Bedürfnisse der Dörfer, aus denen die Schüler stammen. Z.Z. laufen Kurse zu den Themen Landwirtschaft und Gartenbau, Backen, Hauswirtschaft, handwerkliche Techniken, Nähen, Management eines Dorfadens, Führungsaufgaben in Dorf und Gemeinde und Verwaltungsaufgaben.

## 4. Ausbildungsstätten

Das Programm für Schulabgänger sieht vor, daß die Absolventen der 10. Klassen mindestens ein Jahr lang in ihrer Heimatprovinz bleiben und dort praktische Erfahrungen insbesondere mit eigenen Projekten sammeln, bevor sie eine Ausbildung beginnen. Das Angebot umfaßt ein- oder zweijährige Lehrgänge oder kürzere Kurse. Die Jugendlichen sollten für die betreffende Ausbildung von ihrer Familie, der Dorfgemeinschaft oder der Kirchengemeinde angemeldet werden.

- Theologische Seminare in Pidgin - Pastoren
  - Evangelisten-Ausbildung - kirchliche Mitarbeiter
  - Lehrerausbildung in Pidgin - Lehrer für die einheimisch-sprachigen Schulen
  - für Volksschullehrer - Hellsbach
  - für Lehrer der Klassen 1-6 - Hellsbach
  - für Lehrer der Klassen 7-8 - Onerinka
  - für Lehrer der Klassen 9-10 - Amron
  - Dorftechnologie - Mainyanda
  - Angepaßte Technologie, einschließlich Schmiedearbeiten (Der Madang-Distrikt unterhält ein eigenes Dorftechnologie-Programm.)
  - Wirtschaftsschule - Mainyanda
  - Einfache Buchhaltung, Büroorganisation, Maschineschreiben
  - Landjugend (Yangpela Didiman) - Hellsbach; Alkena; Gabmanzung; Amron
  - Verbesserte landwirtschaftliche Methoden
  - Kirchliche Hochschule (Church College) - Banz
  - Kurse für leitende Aufgaben in der Kirche und im Land allgemein.
  - Religionslehrausbildung - Hellsbach
  - Immanuel Lutheran School - Lae
  - Schulabgänger der 6. und 8. Klassen, die am staatlichen Fernschulkurs teilnehmen, werden betreut.
- Ich habe hier einige der Programme aufgezählt, die die Evangelisch-Lutherische Kirche von Papua-Neuguinea für Schulabgänger anbietet. Die Regierung und die anderen Kirchen haben ähnliche Programme. Doch all dies ist wenig im Vergleich zu der großen Zahl von Kindern, die jedes Jahr die Schule verlassen. Ich meine daher, der Zeitpunkt ist gekommen, das gesamte Nationale Schulsystem kritisch zu überprüfen.

## Schulbildung für alle

Für ein Entwicklungsland wie Papua-Neuguinea ist es sehr schwierig über die Jahre hinweg ein in sich stabiles Schulsystem zu unterhalten. In der Vergangenheit haben verschiedene Ausschüsse und Institutionen das Schulsystem untersucht und überprüft. Ihr Ziel war es, die schulische Bildung so zu verbessern, daß die Kinder unter günstigeren Lebensbedingungen auf dem Lande leben können. Die Kirchen haben hierüber mit der Regierung einen regen Gedanken- und Erfahrungsaustausch geführt.

Der jüngst erschienene »Matane-Bericht« empfahl einige Veränderungen und Verbesserungen im gegenwärtigen Schulsystem. Dazu gehörte auch das Ziel, allen Kindern eine Grundschulbildung zugänglich zu machen. Es mutet merkwürdig an, wenn man einerseits über Probleme der nicht zur Schule gehenden Jugendlichen spricht und auf der anderen Seite Pläne schmiedet, die dazu führen, daß noch mehr Jugendliche von den Schulen abgehen.

Im Matane-Bericht wird gezeigt, daß in den letzten zehn Jahren die allgemeine Grundschulbildung vorrangiges Ziel aller Bildungspläne war. Seit der politischen Unabhängigkeit des Landes ist man diesem Ziel schrittweise schon sehr viel näher gekommen. Im Vergleich zu 1972 befinden sich nun 36 000 Schüler mehr als damals in der ersten Jahrgangsstufe. Das ist ein Wachstum von 188 %. Aufgrund der offiziellen Daten der nationalen Schulbehörde von 1987 vermutet die Weltbank in einer Analyse, daß gegenwärtig 93 % aller Kinder in die erste Klasse eingeschult werden. So ist bei einer eng gefaßten Definition das Ziel der Grundschulbildung für alle fast erreicht.

Der Bericht zeigt aber auch, daß lediglich 27 % der in Klasse 1 eingeschulten Kinder sieben Jahre alt sind und daß der Schulbesuch bis zur 6. Jahrgangsstufe auf nur 60 % absinkt. Eine Weiterentwicklung in Richtung auf das Ziel der Grundschulbildung für alle sollte deshalb in erster Linie darum bemüht sein, diese Zahlenwerte zu verbessern, bevor man an einen weiteren Ausbau denkt. Es muß außerdem berücksichtigt werden, daß diese Daten lediglich den geschätzten Landesdurchschnitt darstellen und nicht die vielen regionalen Unterschiede oder das Ungleichgewicht zwischen männlicher und weiblicher Schuljugend in Papua-Neuguinea berücksichtigen.

Schulbildung für alle war für lange Zeit ein erklärtes Hauptziel, und trotzdem hat die Regierung 20 % der Haushaltsmittel für die Schulbehörden seit 1985 gestrichen. So zweifelt man am Stellenwert dieser schulpolitischen Zielsetzung. Wenn Grundschulbildung für alle bedeutet, daß 100 % aller sieben Jahre alten Kinder eingeschult werden und diese 100 % dann bis einschließlich der 6. Jahrgangsstufe die Schule besuchen, dann liegt das für die überschaubare Zukunft jedenfalls außerhalb der materiellen Möglichkeiten der Regierung.

Aus diesem Grunde müssen Wege gefunden werden, wie alle Träger der schulischen Bildungsarbeit innerhalb Papua-Neuguineas gemeinsam und auf Dauer die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel in erhöhtem Maße für die Grundschulen verwenden. Die Lösung des Problems der Grundschulbildung liegt im wesentlichen in den Händen der Regierung, der nationalen Schulbehörde, des Ministeriums für Finanzen und Planungsaufgaben, der Kirchen und der Provinzregierungen. Sie sind die Entscheidungsträger, die dazu beitragen können, das Ziel der Grundschulbildung für alle vor dem Jahr 2000 zu erreichen.

### Vorschule

Hier geht es nicht um eine neue Entwicklung im Lande. Einige Eltern- und Bürgervereinigungen im Umkreis der Dorfschulen und andere Organisationen haben auf privater Basis diese Schulen als zweijährige Vorschule, die der Gemeinschaftsschule vorangestellt ist, geführt.

Auch im Matane-Bericht wird die Vorschule im Zusammenhang mit der Neustrukturierung des nationalen Schulsystems erwähnt. Es wird dort festgestellt, daß gegenwärtig die vorschulische Erziehung nicht koordiniert wird und langfristig gesehen negative Auswirkungen haben könnte. Aus diesem Grunde, so wird empfohlen, sollte die nationale Schulbehörde Anweisungen über Inhalt und Methoden der Vorschularbeit auch im Hinblick auf den Übergang in die 1. Jahrgangsstufe veröffentlichen. Aber zur Zeit werden viele Schulen neu eröffnet. Diese Entwicklung beeinflusst auch die Arbeit der in Pidgin geführten Schulen der Jahrgangsstufen 1-6. Die Schulaufteilung der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea entwickelt zur Zeit einen Lehrplan für die ersten beiden Schuljahre in der Muttersprache des Schülers. Hier wird mit dem »Summer Institute of Linguistics« zusammengearbeitet, das bereits die staatliche Schulbehörde bei der Entwicklung von Vorschulprogrammen in einheimischen Regionalsprachen unterstützt hat.

## Literatur

Louissou, B.H., Education Old and New: Essays on some aspects of education in Papua New Guinea. Goroka: University of Papua New Guinea/Christian Brothers, 1974

The Identity of Christian Schools in Melanesia, The Education Renewal Consultation with Dr. Theo Mathias, Madang, May 1973. Madang: Kristen Pres, o.J.

Flaherty, T. (Hg.), Teachers of Tomorrow Reflect. Goroka: Sisters of Mercy, 1978

Anderson, B. (Hg.), The Right to Learn - The neglect of non-formal education. Port Moresby: Dpt. of Education, Research Branch, 1981

## Persönliche Daten des Autors:

Sakey Ronu ist Lehrer im Kirchendienst und Direktor in der Abteilung für Evangelisation im Landeskirchenamt der ELC-PNG, Christian Life Office. Er war früherer Abteilungsleiter der Abteilung für Schul- und Bildungsangelegenheiten der ELC-PNG im Landeskirchenamt in Lae.

(Übersetzung: W. Wendi, 1989)